«Kurz gefasst»

Energieabhängigkeit gefährdet Preisstabilität

Die Eskalation im Nahen Osten verdeutlicht eine alte Schwachstelle der europäischen Volkswirtschaften: die tiefgreifende Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist dies längst nicht mehr nur ein ökologisches Problem, sondern eine direkte Bedrohung für das Kernmandat der Geldpolitik – die Preisstabilität.

Im Oktober 2022 erreichte die Inflation im Euroraum mit 10,6 Prozent einen Rekordwert, und selbst in der vergleichsweise stabilen Schweiz kletterte die Teuerung im Juli 2022 auf 3,5 Prozent. Getrieben wurde der damalige Anstieg primär durch explodierende Energiekosten nach der russischen Invasion in die Ukraine. Experten prägten hierfür den Begriff der «Fossilflation». Die aktuellen Konflikte im Nahen Osten zeigen nun erneut, wie schnell externe Schocks die Teuerungsrate nach oben treiben können.

Wenn Preisausschläge nur kurzfristig sind, können Notenbanken diese aussitzen. Sie müssen allerdings mit höheren Zinsen reagieren, sobald diese Schocks auf weitere Bereiche wie die Betriebskosten oder die Bau- und Transportwirtschaft überschwappen und sich verfestigen. In diesem Fall droht die Gefahr, dass die Inflation dauerhaft über dem Zielwert von 2 Prozent verharrt, sich die Inflationserwartungen auf höherem Niveau einpendeln und eine gefährliche Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt wird. Gleichzeitig sind Zinsschritte bei steigenden Energiepreisen besonders schmerzhaft für die Wirtschaft. Erhöht die Notenbank in einer solchen Situation die Zinsen, um die Inflation zu dämpfen, riskiert sie, eine bereits durch höhere Energiekosten schwächelnde Konjunktur abzuwürgen.

Dieses Dilemma der Geldpolitik lässt sich letztlich nur durch die Energiewende auflösen, zumal eine nachhaltige Entspannung der geopolitischen Lage zur Absicherung der Energieversorgung nicht absehbar ist. Investitionen in saubere Energie sind somit nicht nur Klimaschutz, sondern eine Versicherung für die makroökonomische Stabilität. Die Dekarbonisierung wird damit zur zentralen Säule für Europas zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. Damit dieser Wandel gelingt, sind verlässliche Rahmenbedingungen entscheidend. Dabei braucht es zur Förderung des massiven Investitionsbedarfs Planungssicherheit, gezielte Anreize und einen funktionierenden Emissionshandel.

Es geht nicht mehr allein darum, ob wir uns die Energiewende leisten wollen. Die entscheidende Frage lautet: Können wir es uns leisten, sie nicht zu schaffen? Das Wiederaufflammen der energiegetriebenen Inflation zeigt unmissverständlich: Ein Verharren im fossilen Zeitalter ist ein ökonomisches Risiko, das Europa sich nicht länger erlauben kann.



Martin Geiger
Ökonom am Liechtenstein-Institut